

Vierundzwanzigsieben

Sonntagsarbeit. In der Vorweihnachtszeit locken wieder viele Städte mit verkaufsoffenen Sonntagen Kunden in die Geschäfte. Grundsätzlich schließt das Arbeitszeitgesetz Sonntagsarbeit aus – allerdings gibt es Ausnahmen.

„Am siebten Tage sollst du ruhen“, heißt es im Alten Testament – doch das gilt nicht immer. Laut Arbeitszeitgesetz sind u. a. Arbeiten erlaubt, die an Werktagen nicht erledigt werden können, zum Beispiel in Notdiensten, bei der Polizei oder

in der Gastronomie. Weitere Ausnahmen sind durch Tarifverträge oder Genehmigungen der Gewerbeaufsichtsämter möglich.

In der Adventszeit lohnt sich das Geschäft am Sonntag vor allem für den Einzelhandel. Doch was dem

Kunden lieb ist, ist den Kirchen und der Politik ein Dorn im Auge.

So hat die nordrhein-westfälische Landesregierung beschlossen, dass die Städte in NRW ab dem Frühsommer 2013 maximal nur 13 verkaufsoffene Sonntage pro Jahr anbieten dürfen. Bislang konnte jeder einzelne Stadtteil bis zu vier Mal im Jahr aktiv werden, unabhängig davon, wann die anderen Stadtteile verkaufsoffene Sonntage anbieten. Das hat dazu geführt, dass 2010 beispielsweise in Essen Geschäfte an 24 Sonntagen geöffnet hatten.

Im Jahr 2011 arbeitete fast jeder sechste Erwerbstätige regelmäßig an Sonn- oder Feiertagen.

Am meisten kommt dies bei öffentlichen und privaten Dienstleistern vor – im Jahr 2011 betraf es mehr als 1,7 Millionen Erwerbstätige (Grafik).

In Vergleich zu anderen Ländern kommt Deutschland noch ganz gut weg: In der Slowakei arbeitete 2010 fast jeder vierte Beschäftigte regelmäßig sonntags, in den Niederlanden waren es 18 Prozent.

Sonn- und Feiertagsarbeit

So viele Erwerbstätige arbeiten regelmäßig an Sonn- und/oder Feiertagen, in 1.000



Stand: 2011; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwwd 49 - Foto: SG-design - Fotolia.com

Inhalt

Luftverkehr. Die etablierten Fluggesellschaften bekommen Konkurrenz von arabischen Airlines.
Seite 2

Anspruchslöhne. Viele Arbeitslose erwarten von ihrem neuen Job einen höheren Lohn, als der Markt hergibt.
Seite 3

Sozialpolitik. Deutschland gibt fast 30 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen aus.
Seite 4-5

Weiterbildung. Kleine Unternehmen legen sich in Sachen Weiterbildung ihrer Mitarbeiter besonders ins Zeug.
Seite 6

Städteranking. Der dynamischste Wirtschaftsstandort Deutschlands kommt diesmal aus dem Osten.
Seite 7

Ausbildung. Jeder fünfte Azubi gibt frühzeitig seine Ausbildung auf. Das ist teuer für die Unternehmen.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Gegenwind vom Golf

Luftverkehr. Der Wettbewerb am Himmel wird härter. Nachdem die Billigfluglinien den etablierten Gesellschaften in Europa Marktanteile abgenommen haben, greifen nun arabische Airlines den bislang lukrativen Interkontinentalmarkt an.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Lufthansa vor allem dank ihrer Übernahmen zur größten europäischen Fluglinie aufgestiegen (Grafik). Doch nun wird auch für den Kranich die Luft immer dünner.

Besonders die Flugstrecken nach Asien sind heftig umkämpft – die Golfregion wird immer mehr zu einer Drehscheibe zwischen den Kontinenten. Arabische Linien wie Emirates, Saudia und Etihad Airways haben entscheidende Vorteile: Die Steuerfreiheit in den Ölstaaten hält die Personal- und Betriebskosten

niedrig. Geld für den Flottenausbau erhalten die Airlines aus staatlichen Investitionsfonds. So sollen bald 90 neue A380 für Emirates fliegen, 26 dieser Großraumflugzeuge sind bereits im Einsatz. Zudem soll der Flughafen in Dubai bald 90 Millionen Passagiere pro Jahr abfertigen, ein geplanter zweiter Airport sogar 160 Millionen.

Das Frankfurter Drehkreuz dagegen dürfte an Bedeutung verlieren, wenn die neuen Konkurrenten Zubringerflüge von diversen deutschen und kontinentaleuropäischen Standorten mit ihren Drehkreuzen in Dubai oder Doha verknüpfen und Weiterflüge nach Asien anbieten.

Die Golf-Airlines müssen zudem die eigene Flughafeninfrastruktur nicht über Gebühren finanzieren. In Deutschland dagegen haben Lufthansa und Co. nicht nur für den

Ausbau des Frankfurter Flughafens bezahlt, sondern mussten dafür auch noch ein Nachtflugverbot hinnehmen. Und in München wurde der Bau einer dritten Bahn per Volksentscheid sogar gekippt.

Nicht zuletzt macht auch die Politik den europäischen Fluglinien das Leben schwer: In Deutschland müssen sie seit zwei Jahren je Passagier eine entfernungsabhängige Luftverkehrsabgabe von 7,50 bis 42,18 Euro plus Mehrwertsteuer entrichten. Im vergangenen Jahr kam so fast 1 Milliarde Euro in die Staatskasse. Etwa 60 Prozent davon haben deutsche Fluglinien beigesteuert.

Neues Ungemach droht zudem aus Brüssel: Die EU-Kommission will den Luftverkehr in den CO₂-Emissionshandel einbeziehen. Auch wenn die ursprünglich für 2012 geplante Einführung im Interkontinentalverkehr um zunächst ein Jahr verschoben wurde – vom Tisch ist sie noch lange nicht.


Im internationalen Konkurrenzkampf könnten die europäischen Fluglinien daher den Kürzeren ziehen. Selbst der Branchenprimus Lufthansa schrieb zuletzt rote Zahlen. Die beiden anderen Schwergewichte Air France-KLM und British Airways fahren ebenso wie die deutsche Nummer zwei, Air Berlin, schon länger Verluste ein.

Trotz Sparprogrammen droht den europäischen Airlines 2012 ein Minus von mehr als 1 Milliarde Euro.

Neben der wachsenden Konkurrenz arabischer und asiatischer Carrier setzen steigende Spritpreise, die Eurokrise sowie die Politik die europäischen Anbieter unter Druck.



Verdienstchancen überschätzt

Anspruchslöhne. So mancher Arbeitslose erwartet von seinem neuen Job einen deutlich höheren Lohn, als der Markt eigentlich hergibt. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) über die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. 

Alltag in Deutschland: Ein 40-jähriger arbeitsloser Monteur sucht einen Job und eine 35-jährige Frau möchte nach einer mehrjährigen Kinder-Auszeit wieder als Sekretärin arbeiten. Die Konjunktur läuft gut, es gibt also offene Stellen – doch wie gut müsste der neue Job bezahlt sein, damit der Monteur oder die Sekretärin ihn annimmt?

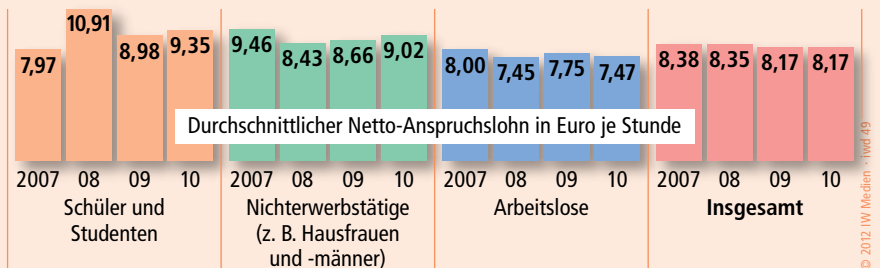
Das Sozio-oekonomische Panel, eine regelmäßige und repräsentative Befragung von mehr als 12.000 Privathaushalten, stellt diese Gretchenfrage all jenen Teilnehmern, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, also Schülern, Studenten, Hausfrauen, Hausmännern und vor allem Arbeitslosen. Das Ergebnis zeigt den sogenannten Anspruchslohn, das ist der Betrag, ab dem jemand bereit ist zu arbeiten (Grafik):

Im Jahr 2010 wollten Arbeitslose im Schnitt mindestens 7,50 Euro netto pro Stunde verdienen – Schüler und Studenten erwarteten hingegen fast 2 Euro mehr.

Vergleicht man diese Lohnwünsche mit denen aus den vergangenen Jahren, dann fällt auf, dass sich die Ansprüche der einzelnen Gruppen recht unterschiedlich entwickelt haben. So erwarteten Schüler und Studenten im Jahr 2010 höhere Löhne als 2007. Freiwillig Nichterwerbstätige und Arbeitslose sind hingegen

Wie viel Arbeitslose verdienen wollen

Für das Sozio-oekonomische Panel werden Nichterwerbstätige jährlich danach befragt, zu welchem Lohn sie eine Arbeit aufnehmen würden. Diese persönliche Lohnuntergrenze nennen Ökonomen „Anspruchslohn“.

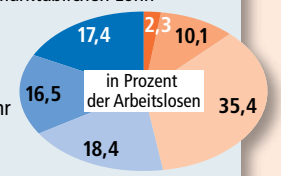


Lesebeispiel:

2,3 Prozent der Arbeitslosen verlangen als Mindestverdienst weniger als die Hälfte des marktüblichen Lohns, um eine angebotene Stelle anzunehmen.

Brutto-Anspruchslohn im Verhältnis zum marktüblichen Lohn

- über 100 Prozent mehr
- 50 bis 100 Prozent mehr
- 20 bis 50 Prozent mehr
- 20 Prozent weniger bis 20 Prozent mehr
- 50 bis 20 Prozent weniger
- unter 50 Prozent



Netto-Anspruchslohn: in Preisen von 2010; marktüblicher Lohn: geschätzter Bruttolohn von Arbeitnehmern im selben Alter, mit vergleichbarer Qualifikation etc.; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

bescheidener geworden – in der Zwischenzeit gab es allerdings in jeder Gruppe mindestens einen Richtungswechsel.

Doch auch wenn die Arbeitslosen inzwischen mit etwas weniger Geld zufrieden wären, ein Stundenlohn von knapp 7,50 Euro netto bedeutet brutto immerhin 11 Euro.

Stellt man die Lohnansprüche der Arbeitslosen und jene Gehälter, die gleichaltrige Arbeitnehmer mit derselben Qualifikation und ähnlicher Berufserfahrung tatsächlich verdienen gegenüber, gibt es eine auffallende Diskrepanz:

Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen erwartet einen Lohn, der das Marktübliche um mindestens ein Fünftel übersteigt. Jedem sechsten Arbeitslosen schwebt sogar das Doppelte dessen vor, was von den Unternehmen tatsächlich gezahlt wird.

Der Grund für solche Fehleinschätzungen ist, dass sich Arbeitslo-

se eben nicht an den aktuell marktüblichen Löhnen und Gehältern orientieren, sondern schlicht und einfach ihr zuletzt erzieltetes Einkommen aufstocken möchten.

Was passiert, wenn Wunsch und Wirklichkeit zu weit auseinanderklaffen, zeigt die Statistik der Jahre 2007 bis 2010: Jene Arbeitslose, die in diesem Zeitraum einen Job fanden, hatten zunächst Lohnvorstellungen, die durchschnittlich rund ein Zehntel über dem jeweiligen Marktlohn lagen. Bei anderen Arbeitslosen betrug der Abstand zur Realität im Schnitt fast ein Drittel – und so standen sie bis zuletzt ohne Job da.



aus IW-Trends
4/2012

Holger Schäfer, Jörg Schmidt: Anspruchslöhne in Deutschland: Aktuelle empirische Befunde
www.iwkoeln.de/trends

Sozialpolitik in

Deutschland gibt fast 30 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen aus. Nicht einmal die als besonders sozial geltenden skandinavischen Staaten wenden mehr für Renten, Arbeitslose, Kranke etc. auf.

Auch wenn die Sozialausgaben im Boomjahr 2011 wohl leicht zurückgegangen sind – auf lange Sicht muss Deutschland immer mehr Geld für Soziales ausgeben.

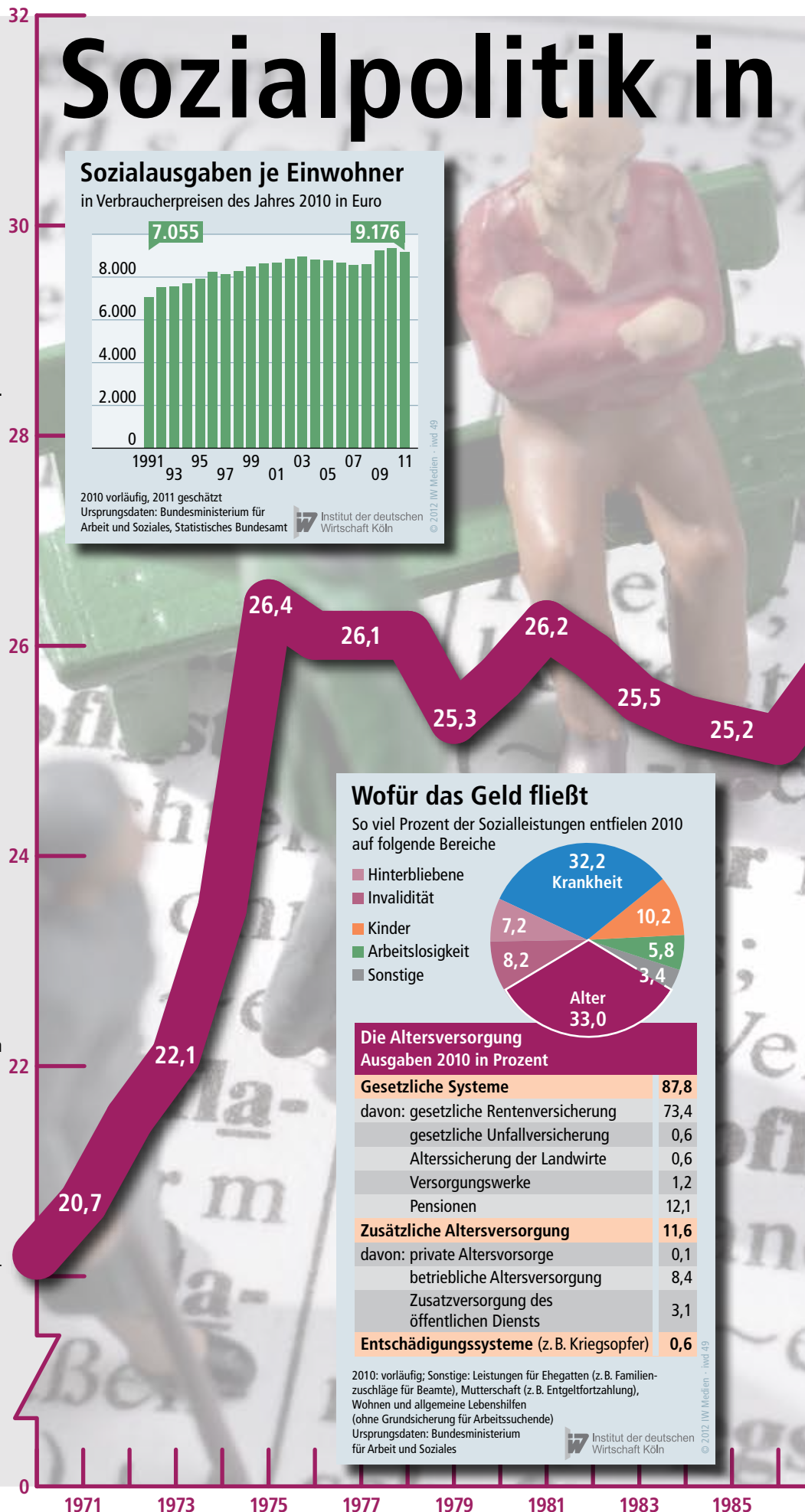
Vor allem der demografische Wandel wird den Bedarf an sozialer Sicherung erhöhen. Die Zahl der Rentner steigt, und ältere Menschen nehmen nun einmal verstärkt Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung in Anspruch. Schon heute entfallen zwei Drittel aller Sozialschutzausgaben auf die beiden Bereiche Alter und Krankheit (Grafik).

Noch immer wird das Gros der Renten von der gesetzlichen Rentenversicherung ausgezahlt. Die private Altersvorsorge spielt bislang kaum eine Rolle, weil es die Riester-Verträge erst seit einigen Jahren gibt und diese erst einmal angespart werden müssen. Einen spürbaren Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter leistet indes schon heute die betriebliche Altersversorgung.

Weil ostdeutsche Männer und Frauen vor der Wende länger berufstätig waren als westdeutsche, fällt ihre Rente heute im Durchschnitt höher aus als die ihrer Altersgenossen im Westen Deutschlands.

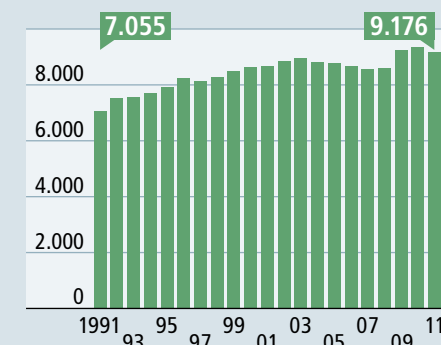
Finanziert wird der Sozialstaat vor allem durch Sozialversicherungsbeiträge, die sich Arbeitnehmer und Unternehmen teilen. Der Staat übernimmt ein Drittel der Finanzierung. Aber auch diese Gelder müssen letztlich von Bürgern und Unternehmen über Steuern aufgebracht werden.

Auf manche Sozialleistungen wie z.B. die gesetzliche Rente sind Steuern und Sozialabgaben fällig. Auch an der Supermarktkasse hält der Staat die Hand auf: Die Mehrwertsteuer ist immer fällig, egal, ob der Einkauf mit dem Hartz-IV-Geld oder dem Arbeitslohn bezahlt wird. Umgekehrt unterstützt der Staat die freiwillige Vorsorge über Zulagen oder steuerliche Anreize.



Sozialausgaben je Einwohner

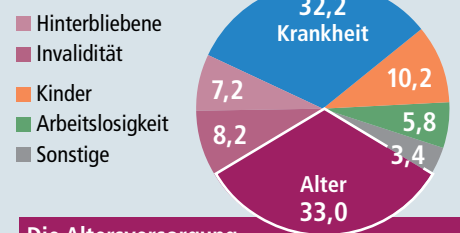
in Verbraucherpreisen des Jahres 2010 in Euro



2010 vorläufig, 2011 geschätzt
 Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistisches Bundesamt
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wofür das Geld fließt

So viel Prozent der Sozialleistungen entfielen 2010 auf folgende Bereiche



Die Altersversorgung Ausgaben 2010 in Prozent

Gesetzliche Systeme	87,8
davon: gesetzliche Rentenversicherung	73,4
gesetzliche Unfallversicherung	0,6
Alterssicherung der Landwirte	0,6
Versorgungswerke	1,2
Pensionen	12,1
Zusätzliche Altersversorgung	11,6
davon: private Altersvorsorge	0,1
betriebliche Altersversorgung	8,4
Zusatzversorgung des öffentlichen Diensts	3,1
Entschädigungssysteme (z. B. Kriegsofopfer)	0,6

2010: vorläufig; Sonstige: Leistungen für Ehegatten (z. B. Familienzuschläge für Beamte), Mutterschaft (z. B. Entgeltfortzahlung), Wohnen und allgemeine Lebenshilfen (ohne Grundsicherung für Arbeitsuchende)
 Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutschland

Sozialleistungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Bis 1990: Westdeutschland; Sozialleistungen: staatlich veranlasste Leistungen zur sozialen Sicherung, z.B. Sozialversicherungen, Sozialhilfe oder Entgeltfortzahlung des Arbeitgebers im Krankheitsfall, ohne steuerliche Leistungen; 2010 vorläufig, 2011 geschätzt; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistisches Bundesamt



© 2012 IW Medien - Iwd 49

Was jeder Versicherte bekommt

Im Durchschnitt pro Monat im Jahr 2011 in Euro

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je Versicherten	215
Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung je Versicherten	25
Höhe der gesetzlichen Altersrente	987
Westdeutschland Männer	495
Westdeutschland Frauen	1.058
Ostdeutschland Männer	711
Ostdeutschland Frauen	711
Höhe der gesetzlichen Witwen-/Witwerrente	240
Westdeutschland Männer	565
Westdeutschland Frauen	294
Ostdeutschland Männer	593
Ostdeutschland Frauen	593

Versicherte: beitragszahlende Mitglieder und deren beitragsfrei versicherte Familienangehörige; Altersrente: Rentenbestand, ohne Erwerbsminderungsfälle; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Deutsche Rentenversicherung



© 2012 IW Medien - Iwd 49

Sozialleistungen international

2009 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ Bruttozialleistungen ■ Nettozialleistungen

Frankreich	32,1	32,1
USA	19,2	28,9
Vereinigtes Königreich	24,1	27,7
Deutschland	27,8	27,5
Schweden	29,8	26,1
Österreich	29,1	25,6
Italien	27,8	25,5
Dänemark	30,2	25,3
Niederlande	23,2	24,9
Finnland	29,4	24,8

Zu den Bruttozialleistungen zählen z.B. die gesetzlichen Renten und Pensionen, die Gesundheitsversorgung, das Arbeitslosengeld, die Sozialhilfe und die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall; Aussagekräftiger sind jedoch die Nettozialleistungen. Diese unterscheiden sich von den Bruttobetrag zu einem dadurch, dass sie die direkten und indirekten Abgaben berücksichtigen, die auf Sozialleistungen zu zahlen sind. In Dänemark muss zum Beispiel das Arbeitslosengeld versteuert werden. Zum anderen erfassen die Nettozialleistungen auch die steuerliche Förderung, die der Staat jenen Bürgern gewährt, die sich freiwillig privat gegen soziale Risiken absichern. In Deutschland gehören dazu die Riesterverträge

Quelle: OECD



© 2012 IW Medien - Iwd 49

Wer die Sozialleistungen finanziert

2010 in Prozent


Sozialbeiträge der Versicherten	28,5
darunter: Arbeitnehmer	21,5
Selbstständige	1,7
sonstige	5,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	33,0
tatsächliche Beiträge	23,0
unterstellte Beiträge	10,0
Zuschüsse des Staates	36,7
Sonstige (z.B. Vermögenserträge)	1,8

Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber: Aufwendungen für Pensionen und Beihilfen sowie Entgeltfortzahlung und betriebliche Altersversorgung; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales



© 2012 IW Medien - Iwd 49

Den Erfolg im Visier

Weiterbildung. Kleine Unternehmen können ihren Mitarbeitern zwar nicht ganz so viele Möglichkeiten zur Weiterbildung einräumen wie Großunternehmen, sie legen sich dabei aber oft besonders ins Zeug. 

In großen Unternehmen ist Weiterbildung Standard – rund 98 Prozent der Betriebe mit 250 oder mehr Mitarbeitern organisieren Seminare und Tagungen oder geben ihren Beschäftigten die Möglichkeit, sich am Arbeitsplatz und mithilfe verschiedener Medien neues Wissen anzueignen.

Von den kleinen Betrieben mit maximal 49 Beschäftigten sind zwar insgesamt „nur“ knapp 83 Prozent in Sachen Weiterbildung aktiv. Doch diese Firmen zeigen dafür besonders viel Engagement (Grafik):

Im Jahr 2010 boten kleine Unternehmen je 100 Mitarbeiter gut 130 Lehr- und Informationsveranstaltungen an – bei den größeren Betrieben waren es so gerechnet nur 38.

Letzteres liegt allerdings auch daran, dass Firmen mit 50 und mehr Beschäftigten eher Seminare, Ta-

gungen und Lehrgänge für größere Mitarbeitergruppen organisieren können.

Im Schnitt haben die kleinen Firmen ihre Mitarbeiter im Jahr 2010 gut 31 Stunden lang durch solche Veranstaltungen qualifiziert. In mittelgroßen Betrieben betrug das Pensum pro Kopf dagegen nur knapp 20 Stunden.

Am längsten saßen allerdings die Beschäftigten der großen Unternehmen in Schulungen und Informations-Meetings – durchschnittlich mehr als 38 Stunden.

Der finanzielle Aufwand, den deutsche Unternehmen für das gesamte Weiterbildungsangebot betreiben, ist dagegen in allen Größenklassen ähnlich. Insgesamt haben die Unternehmen pro Kopf – Auszubildende nicht mitgerechnet – im Durchschnitt 1.035 Euro für Qualifizierungsmaßnahmen ausgegeben (vgl. iwd 13/2012).

Mit 1.066 Euro lagen kleine Betriebe leicht über diesem Mittelwert; mittelgroße Unternehmen ließen je Mitarbeiter 993 Euro springen, große Firmen 1.030 Euro.

Die Unternehmen verfolgen mit ihren Weiterbildungsangeboten ganz unterschiedliche Ziele. So spielen personalpolitische Aspekte in kleinen Betrieben eine relativ kleine Rolle. Zum Beispiel gehen nur 55 Prozent von ihnen davon aus, dass ein großes Weiterbildungsangebot die Firma für neue Mitarbeiter attraktiver macht; von den großen Unternehmen setzen mehr als 81 Prozent auf diesen Imagegewinn.


Für kleine Unternehmen steht vielmehr das Erfolgsmotiv im Vordergrund:

Von den Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten sagen 87 Prozent, die betriebliche Weiterbildung trage zum Geschäftserfolg bei; eine Steigerung der Produktivität sehen 85 Prozent.


Die Mitarbeiter leisten ihren Beitrag zum Erfolg zu einem großen Teil in ihrer Freizeit. In kleinen Firmen finden nur 59 Prozent der Weiterbildung während der Arbeitszeit statt, in großen Unternehmen sind es hingegen 75 Prozent. Dies lässt vermuten, dass kleine Betriebe ihr umfangreiches Weiterbildungspaket oft nur schnüren können, wenn durch die Maßnahmen nicht allzu viele wertvolle Arbeitsstunden verloren gehen.

Weiterbildung: Kleine Firmen, großes Engagement
im Jahr 2010

Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten	... 50 bis 249 Beschäftigten	... 250 und mehr Beschäftigten
Veranstaltungen je 100 Mitarbeiter	130	38	38
Stunden je Mitarbeiter	31	20	38

Befragung von 2.054 Unternehmen im Herbst 2011; Unternehmen: nur jene, die Weiterbildung ermöglichen; Veranstaltungen: eigene und externe Lehrveranstaltungen, Informationsveranstaltungen
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln  Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 49 · Foto: aerogondb - Fotolia.com

 **Studie**
Susanne Seyda: **Fachkräfte sichern – Weiterbildung in kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU)**, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Download unter: www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de, Menüpunkt „Fakten & Studien“, Bereich „Qualifizierung im Mittelstand“

Magdeburg und München meisterlich

Städteranking. Erstmals seit Jahren kommt der dynamischste Wirtschaftsstandort Deutschlands aus dem Osten. Der Städtevergleich der IW Consult zeigt auch, dass einzelne westdeutsche Standorte absteigen.

Bereits zum neunten Mal hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft die Wirtschaftsstruktur der größten deutschen Städte analysiert. Das Ranking zeigt zum einen, in welchen Regionen das Wohlstandsniveau am höchsten ist, und zum anderen, welche Städte in den vergangenen fünf Jahren die höchste wirtschaftliche Dynamik aufwiesen (Tabelle).

Der dynamischste Standort ist dieses Mal Magdeburg.

Damit belegt seit 2008 erstmals wieder eine ostdeutsche Stadt den ersten Platz im Dynamikvergleich.

Magdeburg profitiert von seiner Lage an wichtigen Verkehrsachsen und seiner Tradition im Maschinenbau. Die Stadt steht heute exemplarisch für einen erfolgreichen wirtschaftlichen Wandel.

Alles andere als fortgeschritten ist der Strukturwandel an vielen Standorten in Nordrhein-Westfalen. Dieses Jahr belegen mit Gelsenkirchen, Herne und Duisburg gleich drei Städte aus dem Ruhrgebiet die letzten Plätze im Niveauvergleich.

Der Sieger des Niveaurankings ist erneut München.

Die Kriterien für die Vergabe der Punkte:
www.iwconsult.de, Städteranking 2012

Städteranking 2012

Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult führt seit 2004 jährlich ein Städteranking für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durch. Das Ranking bewertet deutsche Großstädte zum einen nach ihrem Wirtschaftsniveau und zum anderen nach der wirtschaftlichen Dynamik.



Niveau	Punkte	Dynamik	Punkte
München	67,2	Magdeburg	59,7
Stuttgart	60,5	Oldenburg	59,4
Münster	59,0	Kassel	59,2
Karlsruhe	58,6	Rostock	57,6
Frankfurt am Main	58,4	Leipzig	55,9
Düsseldorf	58,0	Erfurt	55,6
Mainz	57,9	Halle (Saale)	55,2
Hamburg	56,5	Braunschweig	55,2
Wiesbaden	56,4	Berlin	55,1
Bonn	56,1	Hamburg	54,4
Nürnberg	54,8	Chemnitz	54,4
Augsburg	54,6	Lübeck	53,3
Braunschweig	54,6	Essen	52,2
Leverkusen	54,2	Bremen	51,9
Mannheim	54,2	Dresden	51,3
Freiburg im Breisgau	53,9	Mainz	50,9
Mülheim an der Ruhr	52,9	Saarbrücken, Regionalverband	50,5
Oldenburg	52,5	Mannheim	50,5
Hannover, Region	52,3	Augsburg	50,4
Köln	51,7	Frankfurt am Main	50,4
Osnabrück	51,2	Dortmund	50,1
Solingen	50,9	Kiel	49,9
Bielefeld	50,5	Gelsenkirchen	49,7
Ludwigshafen am Rhein	50,5	Herne	49,5
Dresden	50,3	Nürnberg	49,4
Bremen	48,7	Wiesbaden	49,2
Aachen, Städteregion	48,1	Aachen, Städteregion	48,6
Saarbrücken, Regionalverband	47,7	Hannover, Region	48,5
Kassel	47,5	Düsseldorf	48,5
Erfurt	47,3	Mülheim an der Ruhr	48,4
Bochum	47,2	Freiburg im Breisgau	48,3
Hagen	47,1	Osnabrück	48,1
Essen	47,1	Ludwigshafen am Rhein	47,9
Chemnitz	46,7	Köln	47,9
Krefeld	46,7	Bochum	47,8
Wuppertal	46,6	Mönchengladbach	47,5
Kiel	45,9	Oberhausen	47,4
Mönchengladbach	45,2	Hagen	47,3
Magdeburg	45,1	Duisburg	47,1
Lübeck	44,7	Hamm	47,0
Hamm	44,1	Bielefeld	46,7
Rostock	43,8	Bonn	46,7
Oberhausen	43,3	Karlsruhe	46,6
Dortmund	42,8	Leverkusen	46,5
Leipzig	42,8	Münster	46,0
Halle (Saale)	42,8	München	44,5
Berlin	41,7	Stuttgart	43,7
Duisburg	41,0	Wuppertal	42,9
Herne	39,8	Krefeld	42,6
Gelsenkirchen	38,6	Solingen	42,5

Viele Köche verlassen den Brei

Ausbildung. Laut einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) gibt jeder fünfte Auszubildende vorzeitig auf. Das kostet die Unternehmen Millionen.

Das Handwerk hat es besonders schwer: Jeder vierte Auszubildende wirft vor dem Abschluss das Handtuch, vor allem Köche, Bäcker und Friseure (Grafik). Die Ursachen für das frühe Ende sind vielfältig. So liegt es nicht immer am vermeintlichen Unwillen des Auszubildenden, sondern manchmal einfach auch daran, dass ein Betrieb dichtmachen muss oder der Azubi gesundheitliche Probleme hat.

So oder so bleiben die Unternehmen auf ihren Kosten sitzen, denn sie haben bis dahin viel Geld in die Ausbildung investiert. Dazu zählen die Lohnkosten und die Ausgaben für Lehrmaterialien, Berufs- und Schutzkleidung. Dem stehen zwar Erträge aus der bisher geleisteten

Auszubildende: Teure Abbrecher

So viel Prozent der Ausbildungsverträge wurden vorzeitig gelöst

	So viel Prozent der Ausbildungsverträge wurden vorzeitig gelöst	Durchschnittliche Dauer bis zur Vertragslösung in Monaten	Durchschnittliche Nettokosten bis zur Vertragslösung in Euro
Koch/Köchin	43,8	11,4	2.753
Friseur/in	35,9	11,7	2.041
Bäcker/in	33,3	11,9	986
Bürokaufmann/-kauffrau (Handwerk)	21,4	12,2	7.895
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	12,6	10,9	4.261
Anlagemechaniker/in	11,3	21,0	15.498
Industriemechaniker/in	6,9	14,2	17.187
Industriekaufmann/-kauffrau	6,7	11,6	5.117
Werkzeugmechaniker/in	5,7	13,6	18.549
Bankkaufmann/-kauffrau	4,9	10,2	9.818

Nettokosten: Differenz zwischen den bis zur Vertragslösung verursachten Kosten und den erbrachten Erträgen; Stand: 2007; Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwid 49

Arbeit gegenüber, doch unterm Strich bleibt oft ein klarer Verlust, wie das BIBB errechnet hat:

Durch frühzeitige Vertragslösungen haben die Betriebe 2007 rund 580 Millionen Euro verloren.

Die Kosten für die abgebrochenen Ausbildungen variieren von Beruf zu Beruf. Geht zum Beispiel ein Werkzeugmechaniker vorzeitig, kostet das ein Unternehmen durchschnittlich 18.500 Euro. Hängt dagegen ein Koch seine Schürze an den Nagel, fallen nur gut 2.750 Euro an.

Selbst nachdem der Vertrag vorzeitig beendet wurde, können weitere Kosten entstehen – schließlich brauchen die Betriebe in der Regel Ersatz und müssen neue Auszubildende suchen und einarbeiten.

Um die Abbrecherquoten zu senken, müssen die Firmen bei ihrem Auswahlverfahren ansetzen. Eine Beschäftigung auf Probe kann zeigen, ob jemand ein geborener Handwerker oder eher Büromensch ist.

Während der Ausbildung sollten die Betriebe ihren Azubis strenger über die Schulter schauen. Dazu gehören Feedback-Gespräche oder ein enger Kontakt zur Berufsschule.

Weitere Infos: www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen den Verlag, den Bezugspreis des iwD im Jahr 2013 auf monatlich 8,67 Euro anzuheben. Die Versandkosten betragen 3,08 Euro.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.